Ausfertigung
SOZIALGERICHT OLDENBURG

S 26 AY 50/10 ER

BESCHLUSS

In dem Rechtsstreit

EINGEGANGEN

29. Juni 2010

Erl.

Antragsteller,

Prozessbevollmächtigter:

Rechtsanwalt Sörig,
Humboldtstr. 28, 28203 Bremen, - S/S-86/10 so1 -

g e g e n

Landkreis Vechta vertreten durch d. Landrat,
Ravensberger Str. 20, 49377 Vechta, - 501001H005 -

Antragsgegner,

hat das Sozialgericht Oldenburg - 26. Kammer -
am 24. Juni 2010
durch den Richter am Sozialgericht Tolkmitt - Vorsitzender -
beschlossen:

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung im Bescheid der Antragsgegnerin vom
22.04.2010 wird aufgehoben.

Der Antragsgegner hat dem Antragsteller die notwendigen Kosten des einstweiligen
Anordnungsverfahrens zu erstatten.

Gründe:

Li

Der Antragsteller bezieht von der Stadt Vechta Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Mit Bescheid vom 22.04.2010 bot die Stadt Vechta dem Antragsteller Gelegenheit zur Arbeit bei den Gemeinnützigen Werkstätten der Stadt Vechta an und teilte die konkret zu verrichtenden Arbeiten mit. Als Arbeitsumfang gab die Stadt Vechta 19,5 Stunden pro Woche von montags bis mittwochs 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 12:30 Uhr bis 15:00 Uhr an. Sie teilte zudem mit, dass als Entschädigung für Mehraufwendungen ein Stundensatz von 1,05 Euro zusätzlich zu den laufenden Leistungen nach dem AsylbLG gezahlt würden. Sie lud den Antragsteller am 03.05.2009 um 08:00 Uhr zur Arbeitseinweisung vor. Zudem wies die Stadt Vechta darauf hin, dass die laufenden Leistungen um 100 % gekürzt würden, wenn der Antragsteller dieser Aufforderung zum Arbeitseinsatz nicht nachkomme. Im Bescheid wurde zudem die Anordnung der sofortigen Vollziehung vorgenommen. Zur Begründung führte die Stadt Vechta folgendes aus:

"Es ist im öffentlichen Interesse, wenn Asylleistungen, die aus Steuermitteln erbracht werden müssen, nur Personen zufließen, die auch anspruchsberechtigt sind. Vor dem Hintergrund eines sparsamen und sorgfältigen Umganges mit Steuergeldern hat die Verwaltungsbehörde unverzüglich zu reagieren und zumindest auszuschließen, dass für die Zukunft weiter und zu Unrecht Leistungen gezahlt werden.

Auch aus einer Fürsorgepflicht der staatlichen Stelle Ihnen gegenüber ergibt sich die Verpflichtung, nicht für die Zukunft Leistungen in einem Umfang zu gewähren, auf den kein Anspruch besteht" (Ende des Zitats).

Gegen diesen Bescheid erhob der Antragsteller Widerspruch und machte geltend, dass der Antragsteller aufgrund der Niedersächsischen Landesverfassung, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Europäischen Grundrechtecharta ein Recht auf Bildung habe. Ein Integrationskurs bzw. Sprachkurs Deutsch für Ausländer habe daher Vorrang vor einer Verpflichtung zur Arbeit. Ferner sei eine Vergütung von 1,05 Euro pro Arbeitsstunde sittenwidrig.

Am 09.06.2010 beantragte der Antragsteller bei dem Sozialgericht Oidenburg die Anordnung der aufschiebenden Wirkung und führte zur Begründung aus, dass die Anordnung des Sofortvollzuges rechtsfehlerhaft sei. Der Antragsteller sei grundsätzlich arbeitswillig, möchte aber vorrangig ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zum ortsüblich Lohn erlangen und in erster Linie einen Deutschkurs besuchen. Die Anordnung des Sofortvollzuges sei zudem rechtsfehlerhaft, weil es nicht zutreffend sei, dass der An-

tragsteller in dem Fall, das der Antragsgegner ihm keine Arbeit gem. § 5 AsylbLG anbieten würde, für die Zukunft zu Unrecht Leistungen von der Antragsgegnerin erhalten würde. Es werde außerdem bestritten, dass die angebotene Arbeit den Kriterien nach § 5 Abs. 1 Satz 2 AsylbLG entsprechen würden. Die Antragsgegnerin sei verpflichtet, das Vorliegen dieser Kriterien unter Beweis zu stellen. Die Drohung mit einer 100 %igen Leistungskürzung sei zudem rechtswidrig, weil eine solche 100 %ige Leistungskürzung selbst auch rechtswidrig wäre. Die angebotene Arbeitsstelle stellt aus diesem Grunde eine nach Artikel 4 Abs. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention verbotene Zwangsarbeit dar. Aus diesem Grunde sei die aufschiebende Wirkung des Widerspruches anzuordnen.

Die Antragsgegnerin tritt diesem Antrag entgegen und ist der Auffassung, dass es nicht rechtswidrig gewesen sei, dem Antragsteller eine Gelegenheit zur Arbeit anzubieten und ihn darauf hinzuweisen, dass bei Verweigerung dieser Arbeit die laufende Leistung um 100 % gekürzt würde. Es handele sich dabei nur um eine Androhung der Leistungskürzung, die nach § 5 Abs. 4 Satz 2 AsylbLG so vorgesehen sei. Dies würde jedoch nicht bedeuten, dass in jedem Falle der Arbeitsverweigerung sämtliche Leistungen vollständig eingestellt würden. Der Umfang der Leistungskürzung werde gesondert nach pflichtgemäßem Ermessen entschieden. Zudem stelle die angebotene Arbeit keine verbotene Zwangsarbeit dar. Für den Fall, dass der Antragsteller ein reguläres Arbeitsverhältnis auf dem Arbeitsmarkt nachweisen könne, würde die Arbeitsaufforderung entfallen. Gleiches würde gelten für den Besuch eines Deutschkurses durch den Antragsteller.

II.:

Auf Antrag des Antragstellers war die Anordnung der sofortigen Vollziehung im Bescheid der Stadt Vechta aufzuheben.

Nach der Rechtsprechung des 8. Senates des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen (vgl. LSG vom 10.08.2006 Az. L 8 SO 69/06 ER) ist im Falle der Anordnung der sofortigen Vollziehung eines Verwaltungsaktes nach § 86a Abs. 2 Ziffer 5 SGG im einstweiligen Rechtsschutzverfahren auf der Grundlage des § 86b Abs. 1 Satz 1 Ziffer 2 SGG nicht die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anzuordnen, sondern die Anordnung des sofortigen Vollzuges auszuheben. Durch die Aufhebung der Vollziehungsanordnung hat der Widerspruch damit wieder aufschiebende Wirkung, wodurch die Behörde jedoch nicht gehindert ist, erneut eine Vollziehungsanordnung mit ausreichender Begründung zu erlassen.

Im vorliegenden Verfahren war die Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 86a Abs. 2 Ziffer 5 SGG in der gegebenen Form rechtswidrig. Nach § 86a Abs. 2 Ziffer 5 SGG entfällt die aufschiebende Wirkung in Fällen, in denen die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten ist und die Stelle, die den Verwaltungsakt erlassen hat oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, die sofortige Vollziehung mit schriftlicher Begründung des besonderen Interesses an der sofortigen Vollziehung anordnet. An diese Begründung sind hohe Anforderungen zu stellen. Damit, dass in Fällen der vorliegenden Art grundsätzlich dem Widerspruch aufschiebende Wirkung zukommt, hat der Gesetzgeber eine Wertentscheidung dahin getroffen, dass grundsätzlich das Vollzugsinteresse hinter dem Interesse des durch den Verwaltungsakt Betroffenen zurückzustehen hat. Aus diesem Grunde bedarf die Vollziehungsanordnung der Begründung, aus der hervorgehen muss, warum das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsaktes in diesem besonderen Fall anderen Interessen überwiegt. Die Begründung soll sicher stellen, dass der Beteiligte die Gründe der Verwaltung kennt, damit er seine Rechte wahrnehmen kann. Die Begründung dient dabei der Transparenz und Rechtsklarheit. Außerdem hat der Begründungszwang eine Warnfunktion für die Verwaltung und soll die Verwaltung bei der Vollziehungsanordnung zu besonderer Sorgfalt anhalten (vgl. Meyer/Ladewig, SGG 9. Auflage § 86a Anm. 21b mit zahlreichen weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung; LSG Niedersachsen-Bremen vom 30.09.2002 - L 4 KR 122/02 ER, veröffentlicht in NSZ 2003 Seite 333 ff. sowie LSG Niedersachsen-Bremen vom 10.08.2006 - L 8 SO 69/06 ER -). Die schriftliche Begründung muss dabei nicht nur sämtliche Gesichtspunkte enthalten, die die Behörde in ihre Entscheidung mit einbezogen hat, sondern auch erkennen lassen, warum im konkreten Einzelfall das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung überwiegt und warum die Vollziehungsanordnung dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit entspricht (LSG Niedersachsen-Bremen vom 30.09.2002 a. a. O.). Allgemeine Wendungen und Wiederholungen des Gesetzeswortlautes genügen dabei zur Begründung ebenso wenig wie allgemeine Ausführungen zu fiskalischen Interessen (vgl. LSG Niedersachsen-Bremen vom 10.08.2006 a. a. O. Anm. 11 und 12).

Diesen Kriterien genügt die Begründung der Vollziehungsanordnung im Bescheid vom 22.04.2010 in keiner Weise. Die im Teil I. dieses Beschlusses zitierten Teile der Anordnung der sofortigen Vollziehung stellen die einzige von der Antragsgegnerin abgegebene Erwägungen zur Vollziehungsanordnung dar. Die Antragsgegnerin führt insoweit aus, dass es im öffentlichen Interesse sei, wenn Asylleistungen, die aus Steuermitteln erbracht würden, nur Personen zufließen würden, die auch anspruchsberechtigt seien. Vor diesem Hintergrund sei die Verwaltung zum sparsamen und sorgfältigen Umgang mit

Steuergeldern verpflichtet und müsse ausschließen, dass für die Zukunft weiter zu Unrecht Leistungen gezahlt würden.

Der sparsame Umgang mit Steuermitteln kann als Argument für die Anordnung der sofortigen Vollziehung im vorliegenden Verfahren nicht angebracht werden, weil durch die angebotene Arbeitsgelegenheit Steuermittel nach dem AsylbLG nicht erspart werden. Vielmehr sind diese auch neben den Einkünften aus der Arbeitsgelegenheit weiterhin in vollem Umfang zu zahlen, so dass fiskalische Interessen durch die gebotene Arbeitsgelegenheit allenfalls mittelbar berührt werden.

Inwieweit die Fürsorgepflicht der staatlichen Stellen dem Asylbewerber gegenüber die Verpflichtung zur Anordnung der sofortigen Vollziehung begründen könnte, erschließt sich dem erkennenden Gericht nicht. Wenn die sofortige Vollziehung nicht angeordnet würde und der Antragsteller während des laufenden Widerspruchsverfahrens eine Arbeitsgelegenheit nicht wahrnimmt, könnte die Antragsgegnerin an diese Weigerung keine Rechtsfolgen knüpfen, so dass auch Rückforderungsansprüche nicht entstehen könnten. Der Antragsgegner schafft mit der Anordnung der sofortigen Vollziehung vielmehr erst die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass die Verweigerung der Arbeitsgelegenheit die Möglichkeit zum Erlass eines Kürzungsbescheides gibt. Die Fürsorgepflicht für den Asylbewerber kann damit unter keinen Gesichtspunkt als Argument angeführt werden, weshalb die sofortige Vollziehung anzuordnen ist.

Eine Abwägung in der Vollziehungsanordnung, die die Interessen des Antragstellers z. B. auf Besuch eines Deutschkurses berücksichtigt, sind der Begründung nicht zu entnehmen. Sie können auch nicht im Rahmen des einstweiligen Anordnungsverfahrens nachgeholt werden, in dem der Antragsgegner ausführt, dass auf die Arbeitsverpflichtung verzichtet wird, soweit der Antragsteller z. B. eine Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt erhält oder einen Deutschkurs besucht. Der Begründungszwang für die Anordnung der sofortigen Vollziehung erfordert, dass solche Abwägungen in der Vollziehungsanordnung selbst vorgenommen werden. Ist dieses unterblieben, macht es die Vollziehungsanordnung rechtswidrig, so dass diese aufzuheben ist.

Das Gericht brauchte sich aufgrund der mangelhaften Begründung nicht mit der Frage auseinander zu setzen, inwieweit das Anbieten der Arbeitsgelegenheit aus den vom Bevollmächtigten des Antragstellers genannten Gründen rechtswidrig ist. Allerdings vermag das Gericht gegenwärtig nicht zu erkennen, inwieweit die im Gesetz vorgesehene und von der Rechtsprechung anerkannte Möglichkeit des Anbietens einer Arbeitsgelegenheit rechtswidrig sein sollte. Inwieweit der Hinweis auf die 100 %ige Leistungskürzung, die

wohl nur im Ausnahmefall rechtlich zulässig sein dürfte, den Bescheid vom 22.04.2010 rechtswidrig macht, bedarf im vorliegenden Verfahren keiner Überprüfung. Denn dem Begehren auf Aufhebung der Vollziehungsanordnung war schon aufgrund des festgestellten Begründungsmangels stattzugeben.

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung des § 193 SGG.